
GEDENKFEIER DER DEUTSCHEN ÄRZTESCHAFT 8. NOVEMBER 2018

REDE VON DR. ANDREAS GASSEN
VORSITZENDER DES VORSTANDES DER KBV

ES GILT DAS
GESPROCHENE WORT

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch ich begrüße Sie zur heutigen Gedenkveranstaltung. Besonders willkommen heiße ich unseren Ehrengast, Herrn Yehiel Bar. Namentlich möchte ich auch unseren Kollegen Leonid Eidelman nennen. Vielen Dank, dass Sie heute bei uns sind.

Als die Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 die Regierungsgeschäfte übernahmen, war der Aufbau einer totalen Herrschaft nach nationalsozialistischer Ideologie längst abgemacht. Und ebenfalls eine aggressive und menschenverachtende Politik gegen die jüdische Bevölkerung.

Das betraf von Anfang an auch die Ärzte. Funktionsträger unseres Berufsstandes, die jüdischer Abstammung waren oder der politischen Opposition angehörten, wurden gleich als erstes ihrer Ämter enthoben. Mehr noch: Erklärtes und öffentlich benanntes Ziel des NS-Regimes war die komplette „Ausschaltung“ jüdischer und politisch andersdenkender Ärzte.

Perfide gründlich ging man mit deutscher Präzision vor, perfide effizient wurde geplant. Repression folgte auf Repression. Ab April 1933 galt bereits ein Zulassungsentzug für jüdische und andersdenkende Kassenärzte. Es gab nur wenige Ausnahmen, vor allem für Ärzte, die am 1. Weltkrieg teilgenommen hatten, und für Ärzte, die bereits vor 1918 niedergelassen waren.

Im August 1933 wurde unsere Vorgängerorganisation eingerichtet, die Kassenärztliche Vereinigung Deutschlands. Die KVD war am „Führerprinzip“ ausgerichtet und administrierte die Ausgrenzung der verbliebenen jüdischen Kassenärzte: durch Rechtsbeugung, durch Zurückhalten von Honorar, durch Schikanen bei Genehmigungen.

Schon ab Sommer '33 wurden jüdische und politisch andersdenkende KV-Ärzte systematisch in die Ausreise getrieben. Das Deutsche Ärzteblatt veröffentlichte regelmäßig die Abgänge aus der kassenärztlichen Versorgung. Zum Beispiel aus Berlin:

„Dr. Fleischmann, Siemensstadt, jetzt Jerusalem;

Dr. Hartmann, Lankwitz, abgemeldet auf Reisen,

Dr. Fritz, Charlottenburg, jetzt London“.

1935 dann die erste Reichsärzteordnung. Selektion der Patienten nach rassistischen Kriterien, Ärzte als Diener der Volksgesundheit. Im selben Jahr traten die Nürnberger Rassengesetze in Kraft.

1938 schließlich der Entzug der Approbationen sämtlicher jüdischer Ärzte. Dadurch automatisch die Kündigung der Praxisräume und der dazugehörenden Wohnungen. Die Kollegen wurden gleichzeitig arbeits- und wohnungslos. Kassen, KVen und Kommunen beteiligten sich an dieser entwürdigenden Entrechtung, so mancher nicht-jüdische Kollege profitierte von den zu Spottpreisen veräußerten Praxisinventaren.

Infolgedessen die Einführung des beschämenden Status eines „Krankenbehandlers“. Das galt für einige wenige jüdische Kollegen, die zur Behandlung von jüdischen Patienten zugelassen waren. Auch deren Zulassung wurde über die KVD organisiert, wobei die Zahl der Behandler absichtlich zu gering bemessen wurde für die verbliebene jüdische Bevölkerung.

Bald danach Kriegsbeginn und Wannseekonferenz. Wer jetzt noch im Land war und Jude war, war dem Untergang geweiht.

Das sind die nüchternen Fakten. Doch wir alle wissen: Dahinter verbirgt sich unendliches Leid. Der dünne Firnis der Zivilisation – er hat sich wohl selten so deutlich gezeigt, wie in diesen dunkelsten Jahren deutscher Geschichte.

Und an all dem, sehr geehrte Damen und Herren, waren auch ärztliche Kollegen beteiligt.

Aktiv. Wissentlich. Organisiert.

Das ist die Schmach, die wir als Ärzteschaft anerkennen müssen. Ärztliches Handeln und ärztlicher Ethos haben in diesen Jahren entsetzlich versagt.

Dazu gehört der vorauseilende Gehorsam bei Ärztefunktionären im ganzen Land. Dazu gehört auch die Beteiligung von NS-Ärzten an Verhaftungen und Gewaltexzessen gegen Juden und Kommunisten. Dazu gehört aber auch das geräuschlose Wirken der Bürokratie in der KVD und in der Reichsärztekammer.

Die Aufarbeitung dieses Unrechts ist auf regionaler Ebene vielfach geschehen. Ein besonderes Beispiel hierfür ist die Kassenärztliche Vereinigung Berlin, die mit Unterstützung der Bundesärztekammer, der KBV, des Ärzteverlages und des Bundesministeriums für Gesundheit eine minutiöse Recherche dazu veröffentlicht hat. Eine besondere Anerkennung hierfür gilt den Kollegen Roman Skoblo und Manfred Richter-Reichhelm, die sich besonders für dieses Vorhaben eingesetzt haben.

Die Vertreterversammlung der KBV hat im vergangenen Jahr beschlossen, nun auch ihrerseits Licht in die verbliebenen Archive zu bringen. Denn es lagern in Köln noch viele Meter Akten, die noch nicht umfassend gesichtet und katalogisiert sind.

Mit dem Projekt „KBV übernimmt Verantwortung“ stellt die KBV für zunächst zwei Jahre die Mittel zur Verfügung, um die KVD-Akten systematisch zu erfassen und in einem Findbuch zu katalogisieren. Wir werden sie dann der Forschung zugänglich machen, um die Verstrickung der KVD in die Verbrechen des Nationalsozialismus aufarbeiten zu können. Besonders freut uns, dass wir für dieses Projekt mit Frau Prof. Stefanie Schüler-Springorum und Herrn Prof. Samuel Salzborn zwei ausgewiesene Experten gewinnen konnten, die dieses Projekt am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin leiten werden.

Wir wollen aber auch ein nach außen sichtbares Zeichen setzen. Deswegen haben wir Sie heute eingeladen, um zu erinnern an die jüdischen Kolleginnen und Kollegen und an alle Menschen, die Opfer des NS-Regimes geworden sind. Wir werden heute eine Gedenktafel vor den Gebäuden von KBV und BÄK einweihen. Sie soll uns an die Vergangenheit erinnern und an unsere Verantwortung für die Zukunft mahnen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

heute kommen viele junge Israelis nach Berlin, um hier zu studieren und zu arbeiten – Frau Reis-Berkowicz sprach es eben an. Es zieht sie der Ruf der deutschen Hauptstadt an, die Weltoffenheit, das Ungezwungene, die lebendige Kulturszene. Es gibt koschere Restaurants und einen gut besuchten Chanukka-Markt im Dezember. Jüdische Künstler, Musiker, Schriftsteller suchen in Berlin Inspiration und prägen das Kulturleben mit.

Gleichzeitig nehmen aber seit einiger Zeit antisemitische Gewalttaten in unserer Mitte zu. Rechtspopulismus und Rechtsextremismus drängen sich in den öffentlichen Diskurs. Im Internet werden Hassreden salonfähig.

Deshalb sagen wir klar und deutlich: Was vor 80 Jahren geschah, ist uns Mahnung und Auftrag zugleich. Wir werden Intoleranz und Ausgrenzung nicht dulden, wir werden Hass und Gewalt entschieden entgegentreten. Das ist unsere Verantwortung als Ärzte sowie als Bürger dieses Landes.